

Mittelstandsbericht 2016

Bericht über die Situation der kleinen und mittleren
Unternehmen der österreichischen Wirtschaft



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
Stubenring 1, 1010 Wien
Tanja Neubauer, Maria Christine Zoder (Abt. I/6)

Layout: Romy Lang, Matthias Dolenc (BMWFW)

Druck: Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Stand: November 2016

Inhalt

Vorwort	1
Executive Summary.....	3
1 Bedeutung der KMU und des Unternehmertums in Österreich 13	
1.1 Zusammenfassender Überblick	14
1.2 Unternehmens- und Beschäftigtenstruktur	15
1.2.1 Unternehmensstruktur.....	15
1.2.2 Beschäftigtenstruktur	16
1.2.3 Branchenstruktur	19
1.2.4 Neugründungen und Schließungen	21
1.3 Output	25
1.3.1 Umsatzerlöse	25
1.3.2 Bruttowertschöpfung	28
1.3.3 Bruttoinvestitionen.....	30
1.3.4 Ausführen von Waren.....	31
1.4 Abschätzung 2015.....	32
1.5 Betriebswirtschaftliche Situation	33
1.5.1 Rating	33
1.5.2 Entwicklung der KMU.....	35
1.5.3 Entwicklung der EPU	41
2 Heterogenität österreichischer KMU	44
2.1 Ein-Personen-Unternehmen und hybride Unternehmen in Österreich	44
2.1.1 Ökonomische Bedeutung der EPU in Österreich.....	45
2.1.2 Bildungsaspekte und Tätigkeitsausmaß von EPU	46
2.1.3 Spezifische Förderungen für EPU.....	47

2.1.4	Hybride Unternehmen	48
2.2	Unternehmerinnen	51
2.3	Phasen im Unternehmenslebenszyklus	53
2.3.1	Start-ups	54
2.3.2	Wachstumsunternehmen	55
2.3.3	Unternehmensnachfolge	56
3	Wettbewerbsfähigkeit	58
3.1	Österreich im EU-Vergleich	58
3.1.1	Innovation	60
3.1.2	Digitalisierung	62
3.2	Anpassungsstrategien	65
3.2.1	Innovationsleistung: FTI-Unternehmen in Österreich	66
3.2.2	Digitaler Wandel	68
4	Aktuelle wirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen	72
4.1	Wirtschaftliche Entwicklung und Prognosen	72
4.1.1	Gesamtwirtschaft	72
4.1.2	Sektorale Entwicklung	77
4.2	Unternehmensfinanzierung und Kreditvergabe	79
4.2.1	Rahmenbedingungen für die Kreditfinanzierung	79
4.2.2	Entwicklung der Unternehmenskredite in Österreich	82
5	Maßnahmen zur Förderung der KMU	83
5.1	Unternehmerische Initiative	84
5.1.1	Österreich im EU-Vergleich	84
5.1.2	Aktuelle und geplante Maßnahmen	85
5.2	Zweite Chance nach Insolvenz	96
5.2.1	Österreich im EU-Vergleich	96
5.2.2	Aktuelle und geplante Maßnahmen	96

5.3	Prinzip „Vorfahrt für KMU“	98
5.3.1	Österreich im EU-Vergleich	98
5.3.2	Aktuelle und geplante Maßnahmen.....	98
5.4	Öffentliche Verwaltung.....	101
5.4.1	Österreich im EU-Vergleich	101
5.4.2	Aktuelle und geplante Maßnahmen.....	102
5.5	Politische Instrumente – KMU gerecht.....	106
5.5.1	Österreich im EU-Vergleich	106
5.5.2	Aktuelle und geplante Maßnahmen.....	106
5.6	Finanzierung.....	107
5.6.1	Österreich im EU-Vergleich	107
5.6.2	Aktuelle und geplante Maßnahmen.....	108
5.7	Binnenmarkt.....	117
5.7.1	Österreich im EU-Vergleich	117
5.7.2	Aktuelle und geplante Maßnahmen.....	118
5.8	Weiterqualifizierung und Innovation	119
5.8.1	Österreich im EU-Vergleich	119
5.8.2	Aktuelle und geplante Maßnahmen.....	119
5.9	Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie	127
5.9.1	Österreich im EU-Vergleich	128
5.9.2	Aktuelle und geplante Maßnahmen.....	128
5.10	Internationalisierung	131
5.10.1	Österreich im EU-Vergleich	131
5.10.2	Aktuelle und geplante Maßnahmen.....	132
6	Anhang	136
6.1	Definitionen.....	136
6.2	Small Business Act	141

6.3	Übersicht der erfassten Maßnahmen.....	144
6.4	Quellen und Datenverzeichnis.....	146
6.5	Abkürzungsverzeichnis	148



Vorwort

Der heimische Mittelstand hat sich in gesamtwirtschaftlich herausfordernden Zeiten erneut als wichtige Säule der österreichischen Wirtschaft erwiesen. Unsere kleinen und mittleren Unternehmen – vom traditionellen Handwerksbetrieb bis hin zum High-Tech-Unternehmen – sind im internationalen Vergleich überdurchschnittlich innovativ. Sie stehen für Internationalisierung ebenso wie für regionale Verbundenheit und solide Werte. Die Vielfalt der mittelständischen Betriebe bildet dabei auch die Basis der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Insgesamt rund 330.000 kleine und mittlere Unternehmen beschäftigen zwei Drittel der Erwerbstätigen und Lehrlinge in Österreich. Sie haben sich nach krisenbedingten Einbrüchen im Jahr 2009 wieder positiv entwickelt und per Saldo seit 2008 über 130.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Die Aufgabe der Politik und öffentlichen Hand ist es, bestmögliche Rahmenbedingungen für die KMU bereitzustellen, sie gezielt zu unterstützen und bürokratische Hürden aus dem Weg zu räumen.

Dafür hat sich die Bundesregierung ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Bis 2020 soll Österreich zum gründerfreundlichsten Land Europas werden. In einem breit angelegten Partizipationsprozess wurden bis April 2015 40 konkrete Maßnahmen dafür entwickelt. Das im Juli 2016 präsentierte Start-up-Paket hebt die Gründerlandstrategie auf das nächste Level und umfasst ein Bündel an Maßnahmen zur Unterstützung von Start-ups und Stärkung des Gründungsstandortes. Mit einem Budget von 185 Mio. Euro werden in den kommenden drei Jahren etwa Erleichterungen bei den Lohnnebenkosten für die ersten drei Mitarbeiter/-innen oder Förderungen von privaten Investitionen in Start-ups durch eine Risikokapitalprämie oder eine neue Form der Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft umgesetzt.

Viele Maßnahmen zur Stärkung der KMU haben wir den vergangenen Jahren bereits umgesetzt. Im Zuge der Steuerreform wurde eine Senkung der Lohnnebenkosten eingeleitet, das Alternativfinanzierungsgesetz brachte wesentliche Verbesserungen für Crowdinvesting und die Initiativen „Beyond Europe“ sowie das „Global Incubator Network“ GIN unterstützen die kleinen

und mittleren Unternehmen dabei, auf internationale Märkte zu expandieren. Um den Unternehmensgeist schon in jungen Jahren zu wecken, bietet z.B. „aws first“ Jugendlichen die Möglichkeit, erste eigene unternehmerische Projekte umzusetzen. Die „überregionale Lehrstellenvermittlung“ bringt Angebot und Nachfrage am österreichischen Lehrstellenmarkt besser in Einklang und bietet gleichzeitig jugendlichen Flüchtlingen die Chance auf einen Lehrplatz in Regionen mit Lehrlingsmangel.

Der vorliegende Bericht bietet auch Basis und Anlass, sich kritisch mit zukünftigen Herausforderungen auseinanderzusetzen: Ein im längerfristigen Vergleich verlangsamtes Wirtschaftswachstum, steigende Arbeitslosenquoten sowie stagnierende Investitionen setzen fortwährende Anstrengungen voraus, um hier gegenzusteuern. Das Kapitel zum Thema Wettbewerbsfähigkeit zeigt, dass sich Österreich derzeit bei den zukünftig wichtigen „Fähigkeiten“ einer Volkswirtschaft in den Bereichen Innovation und Digitalisierung im guten Mittelfeld platzieren kann. Hier werden allerdings Top-Platzierungen angestrebt, um als Volkswirtschaft zukunftsfähig zu bleiben. Die Ausweitung der IKT-Kompetenzen und „Digital Skills“ sowie die Umsetzung weiterer Maßnahmen im Rahmen der „Digital Road Map“ oder der „Open-Innovation-Strategie“ sind von großer Bedeutung.

Die umgesetzten Maßnahmen haben sich auch durch verbesserte Plätze in internationalen Standortrankings als erfolgreich erwiesen. Diese positive Dynamik gilt es für die Umsetzung weiterer spürbarer Maßnahmen zu nutzen – etwa bei der Anpassung des regulatorischen Rahmens im Bereich des Arbeitsrechts oder der Gewerbeordnung. Der Fokus muss weiterhin auf den Abbau bürokratischer Hürden gelegt werden. Die Anpassung von historisch gewachsenen Rahmenbedingungen und Regulierungen ist dringend notwendig, um im Zeitalter der Digitalisierung die Weichen für eine wettbewerbsfähige Zukunft zu stellen, das Wirtschaften zu erleichtern und unsere Betriebe bestmöglich zu unterstützen.



Vizekanzler Dr. Reinhold Mitterlehner

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Executive Summary

Die österreichische Wirtschaft ist von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geprägt: 99,7 % der heimischen Betriebe zählen zum KMU-Sektor, der auch für den Großteil des Umsatzes und der Bruttowertschöpfung verantwortlich ist. KMU spielen eine zentrale Rolle für Beschäftigung und Fachkräfteentwicklung: Zwei Drittel der Beschäftigten und der Lehrlinge haben ihren Arbeitsplatz in einem KMU.

Über die vergangenen Jahre hat sich gezeigt, dass die österreichischen KMU zu den resilientesten innerhalb der EU zählen. Zwischen 2008 und 2014 wurden trotz globaler Wirtschaftskrise in heimischen KMU per Saldo rund 130.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Die Indikatoren Beschäftigung und Umsatz von KMU erholten sich nach Einbrüchen im Kernkrisenjahr 2009 rasch und lagen 2011 bereits wieder über dem Vorkrisenjahr 2008. Zuletzt (zwischen 2012 und 2014) entwickelten sich die genannten Indikatoren stabil.

Ein dynamischer KMU-Sektor ist auch eine wesentliche Voraussetzung, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Der vorliegende Mittelstandsbericht widmet sich schwerpunktmäßig dem Thema der „Wettbewerbsfähigkeit“ und zeigt, dass Österreich nach Verlusten an Rankingplätzen in globalen Wettbewerbsranking zuletzt eine positive Trendwende einleiten konnte. Die Bundesregierung hat mit der Gründerlandstrategie, der Kreativwirtschaftsstrategie oder auch dem Start-up-Paket einige zentrale Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Unternehmertum in Österreich zu fördern und den Standort unternehmerfreundlicher zu gestalten. Zudem liegt der aktuelle Fokus auf dem fortwährenden Abbau bürokratischer Hürden. Im Rahmen der Entbürokratisierungsoffensive werden laufend Regelungen kritisch auf ihre Zukunftstauglichkeit überprüft und administrative Hemmnisse abgebaut, sofern sie nicht mehr zeitgemäß sind und die Unternehmen bei ihrem erfolgreichen Wirtschaften behindern.

Der vorliegende Mittelstandsbericht 2016 analysiert die Situation und Entwicklung der österreichischen kleinen und mittleren Betriebe und beleuchtet die Heterogenität der KMU sowie die vielfältigen Formen der Selbstständigkeit. Zudem gibt der Bericht einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Lage und beschreibt die zentralsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen,

die in den vergangenen Jahren zur Unterstützung des Mittelstands gesetzt wurden.

Österreichischer Mittelstand wächst weiterhin

Die insgesamt rund 326.900 KMU der marktorientierten Wirtschaft beschäftigten 2014 mehr als 1,9 Mio. Personen und erzielten Umsätze in Höhe von rund 456 Mrd. € sowie eine Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von rund 114 Mrd. €. Sie stellten damit fast 68 % der Arbeitsplätze zur Verfügung und waren für rund 64 % der gesamten Erlöse bzw. rund 61 % zur gesamten Wertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft verantwortlich. Im Zeitverlauf wird deutlich, dass sich sowohl die Beschäftigten als auch die Umsätze und die Bruttowertschöpfung von KMU – nach Rückgängen im Kernkrisenjahr 2009 – positiv entwickelten. Im Beobachtungszeitraum 2008 bis 2014 stieg die Zahl der kleinen und mittleren Betriebe trotz weltweiter Wirtschaftskrise um 9,1 %, die Zahl ihrer Beschäftigten um 7,4 % und ihre Bruttowertschöpfung um 14,9 %. Im kurzfristigeren Vergleich von 2012 bis 2014 erhöhte sich die Zahl der KMU um 4,2 %, die Zahl der Beschäftigten in KMU um 3,0 % und die Wertschöpfung um 5,6 %.

Heterogenität österreichischer KMU wertschätzen und fördern

Globalisierung, Digitalisierung sowie der strukturelle Wandel im Transformationsprozess hin zur Wissensgesellschaft führen dazu, dass sich der Mittelstand immer weiter ausdifferenziert, neue Geschäftsmodelle und vielfältige neue Formen unternehmerischer Tätigkeit entstehen. Diese Vielfalt und zunehmende Verflechtung der Wirtschaft bildet die Basis der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der heimischen Wirtschaft und findet daher in der Wirtschaftspolitik entsprechende Berücksichtigung.

Mehr als ein Drittel (36 %) der österreichischen Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft sind **Ein-Personen-Unternehmen**. Diese rund 119.500 Unternehmen haben keine dauerhaft beschäftigten Mitarbeiter/-innen, sind jedoch meist vielfältig vernetzt und u.a. im Bereich der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen stark vertreten. Die Zahl der Ein-Personen-Unternehmen wächst stärker als die Gesamtheit der Unternehmen: Zwischen 2008 und 2014 stieg ihre Zahl um rund 13 % im Vergleich zu rund 9 % der Unternehmen insgesamt. Ein-Personen-Unternehmen sind für rund 3 % der Umsätze und rund 4 % der Bruttowertschöpfung der heimischen marktorientierten Wirtschaft verantwortlich.

Der strukturelle Wandel und neue Arbeitsformen tragen dazu bei, dass die Grenzen zwischen selbstständiger und unselbstständiger Tätigkeit zunehmend verschwimmen. Viele Personen entscheiden sich heute nicht zwangsläufig entweder für eine selbstständige oder eine unselbstständige Tätigkeit, sondern führen im Laufe ihrer Erwerbslaufbahn beide Formen nach einander oder parallel aus. Als **hybrides Unternehmertum** wird das gleichzeitige Ausüben von selbstständiger und unselbstständiger Tätigkeit bezeichnet – ein Phänomen, welches gerade im Bereich der Ein-Personen-Unternehmen an Bedeutung gewinnt. Rund 99.100 Personen bzw. 16 % der selbstständig Beschäftigten können als hybride Unternehmer/-innen bezeichnet werden. Da diese neuen Erwerbsformen bedeutender werden, ist es wichtig, auch die Rahmenbedingungen und sozialen Sicherungssysteme darauf auszurichten. Die unterschiedlichen Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren zur Verbesserung der sozialen Absicherung von Selbstständigen gesetzt wurden, sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Während weiterhin mehr Männer als Frauen unternehmerisch tätig sind, entscheiden sich auch immer mehr Frauen für die Selbstständigkeit. Mit einem **Frauenanteil unter den Unternehmer/-innen** von 36 % sind in Österreich mehr Frauen unternehmerisch tätig als im EU-Durchschnitt (32 %). Die Gründungsquoten der von Frauen geführten Unternehmen liegen zudem deutlich über jenen der von Männern geführten Unternehmen. Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder und Bereitstellung der sozialen Infrastruktur stellen wichtige Rahmenbedingungen für eine verstärkte selbstständige Tätigkeit von Frauen dar.

Je nach **Phase im Unternehmenslebenszyklus** sind Unternehmen mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. In der Wirtschaftspolitik wird der Gründungs- und der Wachstumsphase der Unternehmen besonderes Augenmerk geschenkt, etwa auch den **Start-up-Unternehmen**, von denen höhere positive gesamtwirtschaftliche Effekte erwartet werden. Als Start-ups werden besonders innovative Unternehmensgründungen bezeichnet, die entweder ein innovatives Geschäftsmodell aufweisen oder mit ihrer Technologie hoch innovativ sind. Zudem weisen Start-ups ein signifikantes Umsatz- und/oder Beschäftigungswachstum auf und können dadurch für dynamische Impulse in der Gesamtwirtschaft sorgen. In diesem Zusammenhang spielen auch „**schnellwachsende Unternehmen**“ eine Rolle. Schnellwachsende Unternehmen sind Arbeitgeberbetriebe, deren Anzahl an unselbstständig Beschäftigten über einen dreijährigen Zeitraum jährlich im

Durchschnitt mindestens 10 % wächst. Die Zahl dieser Wachstumsunternehmen ist relativ klein, sie sind jedoch für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen von überdurchschnittlicher Bedeutung. Insgesamt gibt es rund 3.400 (davon 3.000 in der marktorientierten Wirtschaft) schnell wachsende Unternehmen, was einem Anteil von 7,4 % der Arbeitgeberbetriebe ab 10 Beschäftigten entspricht (Daten für 2014). Mit dem **Start-up-Paket** hat die Bundesregierung im Juli 2016 wichtige Impulse gesetzt und ein Maßnahmenbündel beschlossen, das diese dynamische Gruppe an Unternehmen speziell unterstützt: Eine neue Risikokapitalprämie für Investor/-innen sowie die neue Rechtsform der Mittelstandsförderungsgesellschaft zielen darauf ab, private Investitionen in Start-ups zu fördern. Die Entlastung der Lohnnebenkosten für die ersten drei Mitarbeiter/-innen bringt zusätzliche Erleichterung in den Gründerjahren. Um eine positive Dynamik auszulösen, ist es wichtig, die beschlossenen Maßnahmen rasch umzusetzen und auch weitere für diese Gruppe an Unternehmen zentrale Reformen – wie die Anpassung der Gewerbeordnung an neue Geschäftsmodelle oder ein zeitgemäßes, den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entsprechendes Arbeitsrecht – in Angriff zu nehmen.

In der **Reifephase** besteht die Herausforderung der Unternehmen darin, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit trotz möglicherweise zunehmender innerbetrieblicher Bürokratie zu erhalten. Durch gezielte Investitionen und Innovationen kann es Unternehmen in dieser Phase gelingen, eine Revitalisierung einzuleiten und die eigene Wettbewerbsfähigkeit nicht nur zu erhalten, sondern zu verbessern. Eine wichtige Phase eines Unternehmens stellt auch die **Unternehmensnachfolge** dar. Diese gehört für KMU und insbesondere für Familienbetriebe zu einer der größten Herausforderungen im Laufe ihres Unternehmenslebenszyklus. In den Jahren 2015 – 2024 stehen mehr als 42.400 kleine und mittlere Arbeitgeberbetriebe vor der Herausforderung, geeignete Nachfolger/-innen zu finden. Erfolgreiche Unternehmensübergaben sichern nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Know-how und die Stabilität in der österreichischen Wirtschaft. Unternehmensnachfolgen wirken darüber hinaus dynamisierend, da die Nachfolger/-innen die Unternehmensübernahme häufig nutzen, um zu investieren und Geschäftsmodelle neu aufzustellen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, nicht nur Neugründer/-innen, sondern auch Nachfolger/-innen entsprechend zu unterstützen und Betriebe, die zur Übergabe anstehen, früh für die Thematik zu sensibilisieren.

Wettbewerbsfähigkeit sichern und den Standort attraktiver machen

In der wirtschaftspolitischen Diskussion wird immer wieder auf die Wichtigkeit der Wettbewerbsfähigkeit bzw. die Attraktivität von Wirtschaftsstandorten hingewiesen. Über die vergangenen Jahre musste Österreich in unterschiedlichen Rankings, die zur Messung der Wettbewerbsfähigkeit herangezogen werden, Rangeinbußen hinnehmen. Zuletzt zeichnete sich aber wieder ein leicht positiver Trend ab. Zu den Stärken des österreichischen Standorts zählen etwa hohe Lebensqualität, guter sozialer Zusammenhalt, gute Infrastruktur sowie das duale Ausbildungssystem, während steigende Abgabenquoten und Staatsverschuldung sowie hoher Regulierungsgrad relative Schwächen darstellen. Die konsequente Fortführung von Maßnahmen und Reformen in den Bereichen Unternehmertum, Arbeitsmarkt, Bildung, Digitalisierung, Innovation sowie Umweltschutz wird für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs von Bedeutung sein. Gerade im Bereich der Digitalisierung gibt es zukünftig wesentliche Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Verbesserungspotential kann etwa im Bereich der zukünftig relevanten digitalen Kompetenzen („Digital Skills“) ausgemacht werden. Die „Digital Roadmap“ bietet, basierend auf einer partizipativen Online-Konsultation, einen Fahrplan mit umfassenden Maßnahmen und Strategien, um die Potenziale der Digitalisierung auszuschöpfen und den Wirtschaftsstandort zukunftsfit zu machen.

Aktuelle wirtschaftliche Lage: verlangsamtes Wachstum 2015, positiver Ausblick 2016/2017

Die österreichische Wirtschaft ist im Jahr 2015 mäßig gewachsen. Das BIP ist real gegenüber dem Vorjahr um 1,0 % gestiegen. Für 2016 und 2017 wird mit einer Erholung und einem realen Wachstum des BIP um 1,7 % bzw. 1,5 % gerechnet. Damit wird Österreich aller Voraussicht nach seinen Wachstumsrückstand gegenüber dem Euroraum und Deutschland aufholen. Von den drei großen Wirtschaftsbereichen (produzierender Bereich, Handel, sonstige Dienstleistungen) hat sich sowohl 2015 als auch im ersten Halbjahr 2016 der Dienstleistungsbereich (exkl. Handel) am besten entwickelt.

Mehrere Leitzinssenkungen durch die Europäische Zentralbank haben dazu beigetragen, dass sich derzeit auch die Zinsen für Unternehmenskredite auf einem Tiefstand befinden. Über die vergangenen Jahre erfolgte allerdings mehrmals eine Verschärfung der Kreditbedingungen seitens der Banken und auch die Unternehmer/-innen nehmen eine Verschlechterung der Kreditbe-

dingungen wahr. Das gesamte Kreditvolumen österreichischer Banken an Unternehmen hat sich – nach Rückgängen seit 2012 – im Jahr 2015 konstant bis leicht positiv entwickelt. Die für KMU besonders relevanten Neukredite bis zu 1 Mio. € sind allerdings seit 2009 rückläufig. Vor diesem Hintergrund bleibt die Unterstützung durch Garantien, die durch aws und ÖHT zur Verfügung gestellt werden, für KMU weiterhin bedeutend, gemeinsam mit Maßnahmen, die den Zugang zu alternativen Finanzierungsformen erleichtern und deren Bedeutung steigern.

Maßnahmen zur Förderung der KMU weiter forcieren

Die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen ist ein zentrales wirtschaftspolitisches Anliegen. In den vergangenen Jahren wurden daher vielfältige Maßnahmen umgesetzt, um die heimischen KMU in unterschiedlichsten Bereichen zu unterstützen. Die jährlich erscheinenden SBA-Datenblätter liefern einen europäischen Vergleich hinsichtlich der Umsetzung der zehn Grundsätze des Small Business Acts (SBA). Österreich wird bei dieser Überprüfung gesamthaft ein gutes Zeugnis ausgestellt. Über dem EU-Durchschnitt liegt Österreich bei der Implementierung der Grundsätze „Internationalisierung“, „Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie“, „Weiterqualifizierung und Innovation“ sowie „Binnenmarkt“. In den weiteren Bereichen platziert sich Österreich im EU-Durchschnitt bzw. beim Grundsatz „Finanzierung“ geringfügig darunter.

Die Positionierung Österreichs beim ersten Grundsatz zur Förderung der „**Unternehmerischen Initiative**“, liegt in etwa im EU-Durchschnitt. Punkten kann Österreich mit einem überdurchschnittlich hohen Niveau an unternehmerischer Aktivität. Der Anteil der Unternehmensinhaber/-innen an der Gesamtbevölkerung sowie auch der Anteil an Unternehmerinnen liegen deutlich über dem EU-Durchschnitt. Hinsichtlich des Potenzials zukünftiger Unternehmer/-innen zeigen sich allerdings Herausforderungen, da im EU-Vergleich ein geringerer Anteil an Personen die Absicht hat, zukünftig ein Unternehmen zu gründen. Maßnahmen, die darauf abzielen, Unternehmertum als attraktive Beschäftigungsalternative in der österreichischen Bevölkerung zu verankern, sind damit weiterhin von Bedeutung. Im Bereich Entrepreneurship Education schneidet Österreich gut ab, Verbesserungspotenzial wird aber bei Entrepreneurship Education in der Grundschule gesehen. Im Zeitverlauf wird deutlich, dass sich die Performance Österreichs beim Grundsatz „Unternehmerische Initiative“ verbessert hat – und dies dynami-

scher als im EU-Durchschnitt. Die „Gründerlandstrategie“ ist eine der zentralen Maßnahmen, die in diesem Bereich gesetzt wurde. Sie verfolgt das Ziel, Österreich zum gründerfreundlichsten Land Europas zu machen und umfasst dafür ein Set aus 40 Maßnahmen, deren Umsetzung fortlaufend erfolgt. Viele Maßnahmen des Bereichs setzen bei der Förderung des Unternehmergeistes schon bei Jugendlichen oder Student/-innen an (z.B. „aws First“ oder Entrepreneurship Education an österreichischen Universitäten). Mit der „überregionalen Lehrstellenvermittlung“ erhalten jugendliche Flüchtlinge einen Lehrplatz in einem Unternehmen in Regionen mit Lehrlingsmangel. So soll Angebot und Nachfrage am österreichischen Lehrstellenmarkt besser in Einklang gebracht und gleichzeitig jugendlichen Flüchtlingen Jobperspektiven eröffnet werden. Österreichische KMU leisten dadurch bei der zukünftig zentralen Herausforderung, jugendliche Flüchtlinge in den heimischen Arbeitsmarkt zu integrieren, einen wichtigen Beitrag. Mit dem Nationalen Qualifikationsrahmen wurde weiters eine Basis geschaffen, um die Transparenz und Vergleichbarkeit des österreichischen Bildungssystems innerhalb der EU zu erhöhen. Das neue Ingenieursgesetz stellt beispielsweise den österreichischen Ingenieurstitel im Nationalen Qualifikationsrahmen auf eine Ebene mit dem tertiären Abschluss des Bakkalaureats und erleichtert es Unternehmen, die Qualifikation ihrer Mitarbeiter/-innen in internationalen Ausschreibungen darzustellen.

Der SBA-Grundsatz „**Zweite Chance nach Insolvenz**“ sieht vor, dass rechtschaffene Unternehmer/-innen, die insolvent geworden sind, rasch eine zweite Chance bekommen sollen. Die Gesamtpositionierung Österreichs liegt bei diesem Grundsatz in etwa im EU-Durchschnitt. Positiv hervorgehoben werden die gut organisierten Insolvenzverfahren. In Österreich dauert es im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt nur halb so lang, einen Insolvenzfall abzuschließen (rund 1 Jahr vs. rund 2 Jahre). Die rasche und nicht allzu kostenintensive Abwicklung von Insolvenzverfahren bildet damit eine gute Voraussetzung für einen „Restart“ von Unternehmer/-innen. Allerdings werden in Österreich, wie auch in Europa insgesamt, gescheiterte Unternehmer/-innen stigmatisiert und ihnen wird in der Bevölkerung weniger Vertrauen entgegen gebracht. Durch neue gesetzliche Regelungen wurde in den vergangenen Jahren der Zugang für „Neustarter/-innen“ zu Förderungen der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) sowie zum Neugründungs-Förderungsgesetz erleichtert.

Fortschritte erzielte Österreich auch beim Grundsatz „Think small first“ bzw. „**Vorfahrt für KMU**“ und erhält daher insgesamt eine positive Beurteilung bei der Umsetzung dieses Grundsatzes. Wichtige Maßnahmen sind etwa die Folgenabschätzungen zu den Rechtsvorschriften sowie der „KMU-Test“. Bestehende Rechtsvorschriften werden damit einer Prüfung unterzogen und gegebenenfalls vereinfacht oder aufgehoben. Eine durchschnittliche Position erreicht Österreich beim Grundsatz „**Öffentliche Verwaltung**“, welcher misst, wie gut Behörden auf die Bedürfnisse von KMU eingehen. Zulassungs- und Genehmigungssysteme sind in Österreich komplexer und ein steigender Anteil an KMU gibt an, dass ständige Änderungen von Regulierungen und Gesetzen ein Problem darstellen. Die Zeit, die benötigt wird, um eine GmbH zu gründen, hat sich in den vergangenen Jahren verringert, liegt aber weiterhin über dem EU-Durchschnitt. Die Mehrheit der Unternehmen in Österreich sind allerdings als Einzelunternehmen tätig, die innerhalb von 15 Minuten gegründet werden können. Positiv hervorzuheben ist die gute Verfügbarkeit von online-Behördendiensten: Durch zentrale Maßnahmen wie dem Unternehmensserviceportal – USP als „One-Stop E-Government“, dem zentralen Gewerberegister „GISA“ (GewerbeInformationsSystemAustria) und auch weiteren elektronischen Behördendiensten im Bereich der Justiz wickeln überdurchschnittlich viel KMU ihre Behördengänge bereits vollständig online ab.

KMU sollen auch im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe verstärkt gefördert werden. Die 2016 in Kraft getretene Novelle des Bundesvergabege setzes zielt darauf ab, durch die vermehrte Vergabe von Aufträgen in Losen, die Beteiligung von KMU an öffentlichen Aufträgen zu erhöhen. Insgesamt platziert sich Österreich beim entsprechenden Grundsatz „**Politische Instrumente – KMU gerecht**“ im EU-Mittelfeld. Der Anteil der KMU, die sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen (36 %) sowie auch der KMU- Anteil am Gesamtwert der öffentlichen Ausschreibungen (rund 30 %) liegen in etwa im EU-Durchschnitt. Vor dem Hintergrund, dass KMU für mehr als 60 % der Bruttowertschöpfung verantwortlich sind, gilt es, die Bemühungen aufrecht zu erhalten, um KMU gemäß ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung an der öffentlichen Auftragsvergabe zu beteiligen.

Für den Grundsatz „**Finanzierung**“ liegt das Gesamtergebnis Österreichs unter dem EU-Durchschnitt. Während der Zugang zu Bankkrediten tendenziell besser als im EU-Mittel einzustufen ist, schneidet Österreich insbesondere beim Zugang zu Beteiligungs- und Risikokapital sowie der Finan-

zierung über Business Angels unter dem EU-Durchschnitt ab. Um hier gegenzusteuern, wurden zuletzt unterschiedliche Maßnahmen auf den Weg gebracht: Im Rahmen des Start-up-Programms der österreichischen Bundesregierung wurde z.B. eine Risikokapitalprämie für Investor/-innen beschlossen. Mit dem Alternativfinanzierungsgesetz (AltFG) konnten zudem die Rahmenbedingungen für Crowdinvesting wesentlich verbessert werden. Aufgrund der steigenden Bedeutung des Risikokapitalzugangs soll auch zukünftig der Fokus darauf gelegt werden, die Rahmenbedingungen für private Investor/-innen zu verbessern und dadurch privates (Risiko)-kapital verstärkt zu mobilisieren.

Die Positionierung Österreichs bei den Grundsätzen „**Binnenmarkt**“ sowie „**Internationalisierung**“ fällt überdurchschnittlich aus, was vor allem auf die gute Integration der heimischen KMU in den europäischen Binnenmarkt und internationale Märkte zurückzuführen ist. Neben bewährten Programmen wurden 2015 weitere Maßnahmen zu Internationalisierungsförderung von KMU eingeführt: Das „Global Incubator Network“ (GIN) bringt heimische Start-ups mit internationalen Investor/-innen und Inkubatoren zusammen und „Beyond Europe“ unterstützt die Zusammenarbeit von österreichischen Unternehmern mit Forschungspartnern außerhalb Europas. Gemäß dem Grundsatz „Stärken stärken“ stellen diese Maßnahmen wichtige Impulse dar, damit noch mehr KMU den Schritt über die Grenzen und hin zu neuen Märkten wagen.

Die Performance Österreichs beim Grundsatz „**Weiterqualifizierung und Innovation**“ liegt über dem EU-Durchschnitt. Das gute Abschneiden ist dabei insbesondere auf den hohen Anteil innovativer KMU – sowohl in Bezug auf Produkt- und Prozessinnovationen, Marketing- und Organisationsinnovation als auch auf Innovationskooperationen – zurückzuführen. Österreich verfügt zudem über einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Unternehmen, die die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter/-innen fördern. Die dritte Ausschreibung des Programms „Forschungskompetenzen für die Wirtschaft 2016 zielt darauf ab, die Digitalisierung der österreichischen Unternehmen zu unterstützen und Hightech-Wissen in den Betrieben zu verankern. Mit der Open-Innovation-Strategie der Bundesregierung nimmt Österreich EU-weit eine Vorreiterrolle ein und nutzt Open Innovation aktiv zur Weiterentwicklung des nationalen Innovationssystems und damit auch zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wissens- und Wirtschaftsstandorts Österreich.

Beim Grundsatz „**Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie**“ zählt Österreich zu den führenden Ländern. Ein hoher Anteil österreichischer KMU bietet umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen an. Der österreichische Klima- und Energiefonds unterstützt die Regierung bei der Umsetzung der österreichischen Klimastrategie und setzt viele Maßnahmen in diesem Bereich um – dazu zählen Förderungen von der Forschung bis zum Markteintritt von Produkten. Mit der Initiative „Greenstart“ werden etwa innovative Geschäftsmodelle in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Mobilität und Landwirtschaft unterstützt. Um die Herausforderungen im Bereich Umwelt und Klima anzugehen, ist auch zukünftig der Fokus auf Maßnahmen im Bereich Green Economy zu legen.

Gesamthaft betrachtet gilt es, die leicht positive Grunddynamik, die sich sowohl in Hinblick auf konjunkturelle Prognosen als auch hinsichtlich der Positionierung in Standortrankings abzeichnet, zu nutzen, um (gestartete) Reformen und Strategien rasch umzusetzen, sodass entsprechende Ergebnisse für die Unternehmen spürbar werden. Gleichzeitig gilt es auch weiterhin, die offenen Handlungsfelder kritisch im Auge zu behalten und kontinuierlich an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die heimischen Klein- und Mittelbetriebe zu arbeiten.